

Medienmitteilung vom 23. April 2020

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Anstieg von Sozialhilfe-Fällen und Einschränkungen im Kinderschutz infolge Corona-Krise

In den ersten beiden Wochen nach dem Lockdown hat sich die Zahl der Anträge für Sozialhilfe vervierfacht, wie eine Studie der ZHAW zeigt. Zugleich sind Beratungen und Massnahmen zum Kinderschutz in den Sozialdiensten teilweise erheblich beeinträchtigt.

Nachdem der Bundesrat am 16. März 2020 die «ausserordentliche Lage» erklärt hatte, stieg die Zahl der Menschen, die Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe beantragten, abrupt an. Im Vergleich zur Vorperiode waren es im Durchschnitt viermal mehr. Bei der Hälfte der Sozialdienste meldeten sich mindestens sechsmal so viele Menschen oder mehr, bei einzelnen Diensten waren es 20-Mal mehr. Dies ergab eine Studie des ZHAW-Departements Soziale Arbeit. Insgesamt wurden 169 Fachpersonen aus der Deutschschweiz befragt. Die Angaben betreffen den Zeitraum zwischen dem 16. März sowie dem 15. April und stammen von Diensten aus den Kantonen Aargau, Bern, Luzern, Thurgau und Zürich. Die Zahlen zu den Neuanmeldungen in der Sozialhilfe beziehen sich auf die letzten beiden Wochen im März.

«Teilzeitler» besonders betroffen

Am stärksten betroffen von der Corona-Krise sind Arbeitnehmende im Stundenlohn oder mit prekären Teilzeitanstellungen sowie Selbständigerwerbende. «Dazu gehören insbesondere die Personen, die sich bisher knapp über Wasser halten konnten, so genannte Working Poor», sagt Stefan Eberitzsch, ZHAW-Dozent am [Institut für Kindheit, Jugend und Familie](#) und einer der Studienautoren. Ebenso könne man davon ausgehen, dass sich ausländische Personen trotz Notlage kaum melden: «Sie würden damit möglicherweise ihren Aufenthaltsstatus gefährden.»

Knapp 15 Prozent der befragten Fachpersonen konnten Ansprüche nur erschwert und teilweise verzögert prüfen, da vor allem der persönliche Kontakt stark eingeschränkt ist. Infolgedessen kann es gemäss den Fachpersonen bei den Betroffenen zu akuten Notlagen kommen. Sie vermuten vereinzelt auch, dass es durch Lockerung von Kontrollen zu unberechtigten Bezügen kommen kann. Trotz der massiven Zunahme der Anmeldungen konnten die Dienste die wirtschaftliche Sozialhilfe bisher aber mehrheitlich sicherstellen und teils auch unbürokratische Lösungen finden.

Nur noch telefonische Beratung

Anders sieht es bei der persönlichen Sozialhilfe aus, das heisst bei der persönlichen Beratung und deren Vermittlung an dritte Stellen. So berichten drei Viertel der Dienste, dass der Kontakt zu den Klientinnen und Klienten eingeschränkt sei. Beratungen werden oft nur noch telefonisch geführt und verlieren dadurch an Qualität, vor allem wenn sprachliche Barrieren vorhanden sind. Dadurch erschwert sich wichtige Beziehungsarbeit. Zudem fehlen weitere Unterstützungsangebote vor Ort wie Integrationsprogramme, Beratungsstellen oder Hilfe bei Bewerbungen. Auch viele externe Fachstellen haben ihr Angebot reduziert oder eingestellt, was die Situation für die Sozialhilfesuchenden verschärft.

Direkter Kontakt zu Kindern fehlt

Ebenso besorgniserregend sind laut den ZHAW-Studienautoren die Einschränkungen im Kinderschutz. Dieser wird in kleineren und mittelgrossen Gemeinden vieler Kantone von den Sozialdiensten wahrgenommen. Gemäss knapp der Hälfte der befragten Fachpersonen sind Kindeswohlgefährdungen deutlich schwieriger einzuschätzen. Persönlicher Kontakt besteht nur in akuten Fällen, Hausbesuche vor Ort werden nicht mehr durchgeführt. Statt sich selbst ein Bild von der familiären Situation machen und nonverbale Zeichen wie Körpersprache oder Umgebungseindrücke erfassen zu können, bleiben den Diensten meist nur die Erzählungen der Eltern, da Telefongespräche mit Kindern schwierig oder gar nicht möglich sind. Erschwerend kommt dazu, dass auch Gefährdungsmeldungen von anderen Institutionen wie Spielgruppen, Schulen oder Vereine wegfallen. «Für die Zukunft brauchen wir eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie systemrelevant der Kinderschutz für unsere Gesellschaft ist», sagt ZHAW-Forscher David Lätsch.

Was in der Krise hilft

Die Teilnehmenden der Studie wurden auch gefragt, welche Lösungsansätze sie in der aktuellen Situation ergreifen und welche sich bewährt haben. Fast alle Dienste haben gewisse Auflagen vorübergehend aufgehoben. Dies waren vor allem Massnahmen der beruflichen oder sozialen Integration wie zur Arbeits- oder zur Wohnungssuche. Als sinnvoll erwies sich zudem, wenn die Dienste telefonisch länger erreichbar waren.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist es möglich, dass sich die Situation verschärfen könnte. «Viele Sozialdienste brauchen in den kommenden Wochen und Monaten aussergewöhnliche Ressourcen», erklären die Studienautoren.

Kontakt

Prof. Dr. David Lätsch, Dozent, ZHAW Soziale Arbeit, Tel. 058 934 85 21
E-Mail david.laetsch@zhaw.ch

Regula Freuler, Kommunikation, ZHAW Soziale Arbeit, Tel. 058 934 88 26
E-Mail regula.freuler@zhaw.ch